



Protokoll

36. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 10. Mai 2001

09.00 – 12.10 Uhr

Abwesend Vormittag:

Baumann Urs, Blatter Margrit, Bucher Esther, Fünfschilling Barbara, Grollimund Willi, Hintermann Urs, Kohlermann Rita, Maag Esther, Meschberger Peter, Pegoraro Sabine, Ribi Max, Rohrbach Paul, Wegmüller Helen und Wyss Pascal

Kanzlei

Walter Mundschin

Protokoll:

Troxler Urs und Amsler Ursula

Index

Persönliche Vorstösse 1000
Traktandenliste, zur 988

Traktanden

- 1 2001/040
Berichte des Regierungsrates vom 30. Januar 2001 und der Geschäftsprüfungskommission vom 29. März 2001: Amtsbericht 2000 des Regierungsrates
genehmigt 988
- 2 2001/086
Berichte des Regierungsrates vom 27. März 2001 und der Finanzkommission vom 3. Mai 2001: Jahresbericht für das Jahr 2000 der Basellandschaftlichen Kantonalbank
genehmigt 992
- 3 2001/024
Motion der FDP-Fraktion vom 25. Januar 2001: Nur noch eine Gesetzesberatung bei Anpassungen ans Bundesrecht
abgelehnt 994
- 4 2001/038
Interpellation von Bruno Krähenbühl vom 8. Februar 2001: Bewilligung / Nichtbewilligung von öffentlichen Kundgebungen / Demonstrationen. Schriftliche Antwort vom 10. April 2001
erledigt 995
- 5 2001/052
Interpellation von Thomas Haegler vom 22. Februar 2001: "Umstrittene" Kaderplanung bei der Kantonspolizei. Schriftliche Antwort vom 10. April 2001
erledigt 996
- 6 2001/072
Postulat von Daniel Wyss vom 22. März 2001: Für eine ethisch - ökologische Pensionskasse BL. Ein Beitrag zur Nachhaltigkeit
überwiesen und abgeschrieben 996
- 7 2001/053
Interpellation von Madeleine Göschke vom 22. Februar 2001: Informationspolitik des Flughafens zu einer Notlandung am 22. Januar und zu einem Tiefflug am 8. Februar. Schriftliche Antwort vom 10. April 2001
erledigt 997
- 8 2001/080
Interpellation von Max Ritter vom 22. März 2001: Flugemissionen im Oberbaselbiet. Schriftliche Antwort vom 26. April 2001
erledigt 998
- 9 2001/083
Interpellation von Maya Graf vom 22. März 2001: Luftverkehr - Wachstum auf unser aller Kosten. Schriftliche Antwort vom 26. April 2001
erledigt 998
- 10 2001/068
Postulat von Franz Hilber vom 22. März 2001: Veröffentlichung der Achsenzählung auf den Eisenbahnlinien
überwiesen 999

Folgende Traktanden wurden nicht behandelt

- 11 2001/081
Interpellation von Max Ritter vom 22. März 2001: Geplanter Ausbau der Fernwärme Liestal. Antwort des Regierungsrates
- 12 2001/082
Interpellation von Alfred Zimmermann vom 22. März 2001: Dem Baselbieter Wald geht es schlecht. Mündliche Antwort des Regierungsrates

Nr. 1040

Begrüssung

Landratspräsident **Peter Brunner** begrüsst die Kolleginnen und Kollegen, Frau Regierungsrätin, die Herren Regierungsräte, die Medienschaffenden sowie die Mitarbeitenden der Landeskantonalverwaltung herzlich zur Landratssitzung. Die Sekundarschulklasse vom Schulhaus Burg in Liestal mit ihrem Klassenlehrer, Herrn Müller, begrüsst der Landratspräsident speziell.

Nr. 1041

Mitteilungen*Nationalrätin Maya Graf*

Peter Brunner gratuliert der neu erkorenen Nationalrätin für die Wahl in das grosse, verantwortungsvolle Amt einer Nationalrätin.

Rücktritt aus dem Landrat von Maya Graf

Sehr geehrter Herr Landratspräsident, lieber Peter
Liebe Landratskolleginnen, liebe Landratskollegen

Ich glaube, ich muss Euch nicht sagen, dass ich gerne, sehr gerne in diesem Parlament mitgearbeitet habe. Ich mag mich an keine Landratsitzung erinnern, auf die ich mich nicht mit viel Spannung und Erwartung gefreut hätte. Eigentlich erstaunlich, kann es doch kaum an unseren konkreten politischen Erfolgen gelegen haben! Es muss auch an Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, gelegen haben, an dieser kollegialen und fairen, unkomplizierten Zusammenarbeit und den vielen Kontakten über alle Parteigrenzen hinweg, die ich sehr geschätzt habe. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken, besonders natürlich auch bei meiner Fraktion, auf deren volle Unterstützung ich immer zählen konnte. Ein besonderer Dank geht an die Landeskantonalverwaltung für Ihre stets liebenswerte Hilfsbereitschaft.

Wer etwas Neues beginnen will, muss von Bisherigem, Vertrautem Abschied nehmen können; es muss Platz für Neues geschaffen werden. Ich habe die grosse Chance bekommen, ins Bundesparlament nach Bern weiterzuziehen. Diese Herausforderung möchte ich mit Freude annehmen. Mein Landratsmandat gebe ich deshalb mit gutem Gefühl an meinen kompetenten Kollegen Isaac Reber aus Sissach weiter.

Als Nationalrätin wird mir der Landrat nahe bleiben und dies ist gut zu wissen. Die Warte ist anders, der gute Kontakt wird bleiben. Ich verabschiede mich mit den besten Wünschen und einem herzlichen

Auf Wiedersehen
Maya Graf

Peter Brunner kündigt die Verabschiedung von Maya Graf für den 31. Mai 2001 an.

Rücktritt aus dem Landrat von Bruno Krähenbühl

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Nach dem Motto: "Man soll gehen, so lange man noch gehen kann", erkläre ich hiermit meinen Rücktritt aus dem Landrat, und zwar auf den 15. Juli 2001.

Der Abschied aus der aktiven Politik fällt mir nicht leicht. Ich bin gerne Landrat gewesen. Politik war für mich immer Teilnahme am Staat, Eifer und Leidenschaft für die öffentlichen Dinge und für die von diesen betroffenen Menschen.

Kein Zweifel: auch in Zukunft werde ich mich - aus der nötigen Distanz - für das öffentliche Geschehen interessieren. Daneben gilt es, mich vermehrt meiner Familie zu widmen. Als Grossvater einer eineinhalb jährigen Enkelin erwartet mich eine neue Herausforderung.

Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich auch weiterhin lebhaft Debatten und gute Entscheide. Meiner Fraktion bin ich dankbar dafür, dass sie mir immer wieder eine gewisse Narrenfreiheit gewährt hat. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeskantonalverwaltung danke ich für Ihre wertvolle Unterstützung meiner parlamentarischen Arbeit. Meinem Amtsnachfolger, Daniel Mürger, wünsche ich schon heute viel Glück und Befriedigung bei der Ausübung seines Mandats.

Mit freundlichen Grüssen
Bruno Krähenbühl, Landrat

Peter Brunner wird Bruno Krähenbühl am 7. Juni im Landrat verabschieden.

Muba

Zwischen 17.30 und 18.30 werden die Herren Jeker und Böhni offiziell im Baselbieter Stübli anwesend sein. Der Landratspräsident hofft, dass der Landrat möglichst vollzählig Präsenz markieren wird.

Um 18.30 führt ein Bus interessierte Landrätinnen und Landräte zum Besuch von Bundesrat Samuel Schmid.

Heinrichstag 13. Juli 2001 und Festumzug 500 Jahre am 19. August 2001

Die Damen und Herren Landrätinnen und Landräte sind eingeladen, möglichst zahlreich von der Einladung Gebrauch zu machen.

Expo-Tagung am 31. Mai 2001

Alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind freundlich eingeladen, im Anschluss an die Landratssitzung dieser Info-Veranstaltung beizuwohnen.

Stimmzähler

Seite FDP : Roland Laube
Seite SP : Hildy Haas
Mitte/Büro : Daniela Schneeberger

Nr. 1042

Zur Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird in vorliegender Fassung akzeptiert.

Für das Protokoll:
Urs Troxler, Landeskanzlei

*

Nr. 1043

1 2001/040

Berichte des Regierungsrates vom 30. Januar 2001 und der Geschäftsprüfungskommission vom 29. März 2001: Amtsbericht 2000 des Regierungsrats

Hans Ulrich Jourdan ordnet vorab die Papierflut, bestehend aus Amtsbericht der Regierung, Amtsbericht der Landeskanzlei und Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht des Regierungsrates.

Neu ist, weil als separates Traktandum vorgesehen, dass im Bericht der Geschäftsprüfungskommission der Abschnitt Rechenschaftsbericht der GPK fehlt. Auch die Zusatzberichte 040-1 bis 10 werden separat beraten.

Es ist das Verdienst der Subko-Präsidenten und der Zusammenarbeitsbereitschaft der Regierungsrätin und der Regierungsräte, dass der Bericht bereits am 29. März verabschiedet werden konnte.

Der GPK-Präsident macht auf Punkt 1.3.1 aufmerksam, wo festgehalten ist, dass nicht über die aktuelle Routine berichtet werden soll, sondern *dass sich unter dem Grundsatz der Verwesentlichung die Berichte in der Regel auf neue Vorhaben, welche einer parlamentarischen Beratung bedürfen oder die sonst von besonderer Bedeutung sind, beschränken sollen.*

Dass die Subko-Präsiden die Detailarbeit, zu welcher sie sich persönlich äussern werden, geleistet haben, würdigt der Präsident im Besonderen.

Der Bericht der Landeskanzlei, die keiner Direktion unterstellt ist, wurde ebenfalls in den Amtsbericht aufgenommen.

Der Präsident der GPK bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten und gemäss den Anträgen zu beschliessen.

Ruedi Brassel wertet den einer neuen Konzeption folgenden Amtsbericht als klar, überschaubar strukturiert und als konsistent mit dem Legislatur- und dem Jahresprogramm. Die Verwaltung signalisierte, dass die Neukonzeption eine Erleichterung darstellt.

Ein Problem liegt darin, dass für die Berichterstattung offensichtlich nicht allen Direktionen die vom Landrat verabschiedete Fassung zugrunde gelegt worden ist. Diese Panne sollte nicht unter den Tisch gewischt werden, weil sie die tendenzielle Machtverschiebung von der Legislative zu Verwaltung und Exekutive geradezu exemplarisch karikiert. Das Parlament hat allen Grund dazu, sich selber ernst zu nehmen und auch ernsthaft darauf

bedacht zu sein, sich die Mittel und die Kompetenz zur Erfüllung des Auftrages zu verschaffen. Es geht nicht darum, der Verwaltung Vorwürfe zu machen, für die angesprochene Gewichtsverlagerung kann sie nichts, für die Professionalität ist ihr von Parlamentsseite her zu danken. Aber die Frage, was das Parlament für die eigene Professionalität tut, muss inskünftig intensiver behandelt werden.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass eben auch Ereignisse eintreten können, die im Jahresprogramm noch gar nicht vorhergesehen werden konnten, Stichwort "Lothar". Diese Bereiche sollten im Amtsbericht auch berücksichtigt werden.

Obwohl das Jahr 2000 glücklicherweise keine grossen Überraschungen zu Tage förderte, so bleiben doch Fragezeichen im Bereich der EDV-Problematik und Betriebsbuchhaltung, die noch kein adäquates Durchführen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung erlaubt.

Merkwürdig auch, dass die noch im Vorjahr als Schwerpunktthema behandelte Wirkungsorientierte Verwaltungsführung nun erst im Nachtrag auftaucht.

Insgesamt aber zeigt sich das Jahr 2000 erfreulich. Die SP-Fraktion schliesst sich dem Dank an die Mitarbeitenden und die Direktionen an und empfiehlt dem Landrat, den Amtsbericht zu genehmigen und die Anträge gutzuheissen.

Heidi Tschopp nimmt Bezug auf die Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung mit ihren Instrumenten Leistungsauftrag, Leistungsvereinbarung, und Globalbudget, die alle eine Verbesserung der parlamentarischen Arbeit bedeuten. Mit der schrittweisen Einführung von WoV werden sicher in den folgenden Monaten noch Ergänzungen im Bericht notwendig. Der bisherige Monsterbericht wird nun in drei Vorlagen gegliedert, womit eine zeitgerechtere Behandlung im Parlament möglich werden soll. Das Parlament muss sich bewusst sein, dass die Einführung von WoV nicht nur die Arbeit von Verwaltung und exekutiver Führung, sondern auch die Rolle und die Arbeit des Parlamentes tangieren wird. Die besseren Führungsinformationen werden die Arbeit in den Fachkommissionen anspruchsvoller und interessanter machen. Mit WoV wird auch eine systematische Prüfung der Wirkung und der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringer nötig sein. An den Parlamentarierinnen und Parlamentariern selbst wird es liegen, sich zu bemühen, mit der Einführung von WoV Schritt zu halten.

Die parlamentarische Kontrolle beschränkte sich bis heute – mangels Instrumentarien – weitgehend auf die Prüfung des ordnungsmässigen Einhaltens der Gesetze. Eine systematische Wirkungsprüfung war bis heute praktisch nicht möglich, weil die Informationen über die Wirkung und die Kosten der erbrachten Leistungen fehlten. Das Jahresprogramm kann nun klar und einfach überwacht werden. Wie immer wurde auch im Berichtsjahr 2000 die Detailarbeit in den Subkommissionen geleistet und die entsprechenden Berichte wurden zu Händen der Gesamtkommission erstellt. Die GPK musste bei der Vollständigkeitskontrolle feststellen, dass die Regierung gewisse Programmpunkte nicht behandelte. Obwohl die dazu abgegebene Erklärung plausibel tönt, stellt sich doch die Frage nach dem Stellenwert der Parlamentsbeschlüsse.

Es bleibt zu hoffen, dass es sich um einen einmaligen Ausrutscher handelt.

Zu den Berichten der einzelnen Subkommissionen werden sich Einzelsprecher melden.

Der Dank für viel zusätzliche, ohne Murren erbrachte Arbeit in diesem Jahr geht an Regierung und Verwaltung. Die FDP-Fraktion folgt den Anträgen der Geschäftsprüfungskommission.

Hans Jermann verzichtet auf das Wiederholen bereits gehörter Anmerkungen und stellt allgemein fest, dass die meisten Vorgaben erfüllt wurden. Aus der sehr guten Zusammenstellung geht hervor, dass einzelne Vorstösse noch unerledigt sind.

Die CVP/EVP-Fraktion dankt Regierung und Verwaltung für die grosse Arbeit und hält betreffend steuerliche Erleichterung unter Punkt 2.02.02 fest, dass dem Ziel nur teilweise entsprochen wurde. Im Rahmen von Steuerpaket 3 waren spezielle steuerliche Erleichterungen für Familien eingeplant. Im Kanton Basel-Landschaft wurden diese in der definitiven Vorlage fallen gelassen, obwohl einzelne Kantone diesbezüglich bereits massive Verbesserungen eingeführt hatten. Der Landrat akzeptierte zwar, dass erst die Stossrichtung aus Bern abgewartet werden soll, dass die Regierung indes die Anliegen der Familienbesteuerung als erledigt betrachtet, war keinesfalls Intention des Landrates. Die CVP/EVP-Fraktion wird einen entsprechenden Antrag einreichen.

Im Namen der CVP/EVP-Fraktion dankt Hans Jermann dem GPK-Präsidenten, Hans Ulrich Jourdan, für die speditive und konziliante Kommissionsführung.

Hanspeter Ryser erkennt als Besonderheit dieses jährlich wiederkehrenden Geschäftes der GPK, dass es über die im Jahresprogramm festgelegten Zielsetzungen berichtet. Die Lesbarkeit und die Verwesentlichung des Berichtes hat deutlich zugenommen.

Nachdenklich stimmt, dass innerhalb der Verwaltung die vom Landrat beschlossenen Änderungen keine Nachführung erfuhren und der Bericht somit auf dem unrevidierten Jahresprogramm basiert.

Einige Fragen stellen sich auch in Bezug auf die Ausführung der Landratsbeschlüsse.

Insgesamt darf aber gefolgert werden, dass Regierung und Verwaltung im vergangenen Jahr die im Jahresprogramm 2000 gesetzten Ziele erreicht haben.

Die SVP spricht sich einstimmig für Eintreten auf den Amtsbericht aus.

Heinz Mattmüller nimmt Bezug auf die von Regierung und Verwaltung erfolgreich bewältigte grosse Aufgabe der Steuerharmonisierung, des verbesserten Kundenservice und den Verbesserungen im personellen Bereich, wofür die Schweizer Demokraten allen Beteiligten ganz herzlich danken.

Die von der VSD in den Spitälern durchgeführten Erhebungen fanden ein sehr gutes Echo.

Zur kontrollierten Heroinabgabe setzen die Schweizer Demokraten noch immer ein grosses Fragezeichen.

Mit Interesse lesen die Schweizer Demokraten von der Zusammenlegung beziehungsweise einer optimierten Zusammenarbeit der kantonalen Untersuchungslabors, ein

Vorhaben, das auch von der Ärzteschaft unterstützt wird. Die gute Zusammenarbeit in der Berufsbildung erfreut die Schweizer Demokraten, während der Bericht des JPMD von asyl- und schutzsuchenden Personen aus dem Ausland durchzogen ist. Begrüssenswert erscheint der Fraktion dagegen der Einsatz mit neuen Konzepten und Präventionsmethoden in der Verbrechensbekämpfung.

Die Massnahmen des Polizeidepartementes zur Verhinderung einer offenen Drogenszene im Baselbiet gefällt wesentlich besser als die Bemühungen des VSD, Drogenabhängigen einen "Gratisschuss" zu spendieren.

Die Schweizer Demokraten nehmen den Amtsbericht zur Kenntnis und schliessen sich den Anträgen der GPK an.

Alfred Zimmermann sieht in der neuen Berichtsform zwar noch nicht das Ideal, übersieht aber auch die Arbeits erleichterung für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier und wahrscheinlich auch der Verwaltung nicht. Dort, wo die Ziele nicht erreicht wurden, hätte die grüne Fraktion gerne vertiefere Begründungen.

Zur FKD: Ein Besuch der Subko 5 in der Verwaltung deckte einmal mehr den grossen Frust über das neue, noch immer nicht funktionierende Rechnungswesen auf. Zur VSD: Das Problem der Medikamentenabgabe durch die Ärzte harret noch immer einer Lösung, obwohl das KVG ganz klar eine Regelung verlangt. Ein verfügendes, regierungsrätliches Machtwort sollte gesprochen werden. Zur BUD: Die zwei vorliegenden Energieinitiativen sollten nun nach den eidgenössischen Abstimmungen angegangen werden. Auch einen Gegenvorschlag würde die grüne Fraktion akzeptieren.

Dass nicht nur im Bereich des Strassen- und des Tunnelbaus, sondern endlich auch beim letzten Drittel des Radroutennetzes vorwärts gemacht wird, ist ein weiteres Anliegen der Grünen. Als Landrat die letzte Radroute mit Frau Schneider einweihen zu dürfen, würde Alfred Zimmermann gerne als tolles Geschenk entgegen nehmen.

EKD: Dass das Archäologiegesezt die Regierung endlich passiert hat, verdient – arg verspätet – doch noch ein Bravo.

JPMD: Diesen Bereich halten bekanntlich die Schweizer Demokraten fest in Händen.

Die grüne Fraktion genehmigt die Anträge der GPK zum Amtsbericht.

RR Andreas Koellreuter dankt für die gute Aufnahme und für das Lob an Regierung und Verwaltung. Insgesamt stellt der Regierungspräsident fest, dass es dem Kanton offenbar auf unglaublich hohem Niveau schlecht geht.

Zur angesprochenen Panne: Erstmals sind – gemäss der neuen Konzeption – Jahresprogramm und Amtsbericht bezüglich der Grundlagen identisch und tatsächlich haben die Direktionen nach der alten Version, welche die vom Landrat angebrachten Änderungen nicht enthielt, ihren Bericht erstellt. Einen Schuldanteil von 50 Prozent muss die Landeskantlei übernehmen, Landschreiber Walter Mundschein hat sich entsprechend entschuldigt. Bei EKD und JPMD gab es allerdings keine Änderungen und bei der VSD geht es insgesamt um drei Wörter. Grössere Änderungen hatte der Landrat allerdings bei der FKD und der BUD vorgenommen. Sicherlich kann aber nicht Böswilligkeit oder Ignorieren der Parlamentsarbeit unterstellt

gemeinsam mit der Stadt und den auszubildenden Privatspitalern von einem Lenkungsausschuss geplant. Um das Image der Pflegeberufe aufzubessern, sei es aber nicht damit getan, neue Schulräume bereitzustellen.

Zu den von Heidi Tschopp aufgeworfenen Fragen in Sachen *Ansiedlung und Neugründung von Firmen im Kanton* beruft sich Regierungsrat Straumann auf die elf Empfehlungen des Prognos-Berichtes. Die Gesamtregierung werde mittels eines RRB bekannt machen, wie sie die Empfehlungen umzusetzen gedenkt. Die Güte der Wirtschaftsförderung beider Basel allerdings nur daran zu messen, ob sie einen grösseren Anteil neuer Firmen auf die Landschaft gebracht hat, lehnt der Volkswirtschaftsdirektor ab. Letztlich entscheide ein Unternehmen selbst über seinen Standort.

Die Diskussion um der *Container-Terminal* der Rheinhäfen verschiebt Regierungsrat Straumann auf die Beratung des Wirtschaftsberichtes.

Zum *UKBB* hält der Sanitätsdirektor klipp und klar fest, das neue Kinderspital komme an einen noch zu bestimmenden Standort als universitäres Kinderspital zu stehen.

Für die *Spitalplanung* habe die Regierung einen Lenkungsausschuss eingesetzt, bestehend aus Regierungsrätin Elsbeth Schneider und den Regierungsräten Adrian Ballmer und Erich Straumann. Ein Treffen mit einer Regierungsdelegation aus Basel sei geplant. Wenn die Beschlüsse gefasst sein werden, werde eine gemeinsame regionale Spitalplanungskommission eingesetzt.

Heidi Tschopp bittet zu klären, ob sich die Regierung für die Berufsschule für Pflege einen verbindlichen Termin gesetzt habe.

RR Erich Straumann antwortet, bis Ende Jahr wolle die Regierung den Vorschlag des Vorprojektes auf dem Tisch sehen.

RR Peter Schmid schränkt ein, dass der Bund die verfassungsmässige Grundlage für die Integration der Gesundheitsberufe in die normale Systematik der Berufsbildung geschaffen habe. Die gesetzliche Grundlage befinde sich aktuell in Beratung bei den eidgenössischen Räten. Bis zum Abschluss der Beratungen, die möglicherweise länger als bis Ende 2001 dauern könnten, bleibe folglich auch die Systematik der Gesundheitsberufe nicht restlos geklärt.

4 Bau- und Umweltschutzdirektion

4. 02 Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr

Roland Bächtold möchte von der Baudirektorin erfahren, auf welchem Stand sich die Verhandlungen des Kantons mit den SBB in Sachen Wiesenbergtunnel befinde.

4. 02. 02 BLT Niveau-Übergänge in Münchenstein

Paul Schär erkundigt sich, ob es sich um die bekannten Übergänge Jupiterstrasse, Dillackerstrasse und Reichenst-

einerstrasse handle und ob der mit der Vorlage anvisierte Fahrplan in etwa eingehalten werden könne.

RR Elsbeth Schneider meint zum *Wiesenbergtunnel*, überall, wo sie hin komme, kämpfe sie um diesen Tunnel und gewinne zunehmend den Eindruck, immer näher ans gewünschte Ziel zu gelangen.

Zu den *BLT-Übergängen* in Reinach und Münchenstein bestätigt die Baudirektorin das Vorhandensein einer in Kürze beim Landrat erscheinenden Vorlage mit einem Kreditbegehren von über 1 Million Franken. Die Bauarbeiten sollten diesen Sommer – nach Behandlung der eingegangenen Einsprachen – an der Reichensteinerstrasse starten.

4. 03.16 Justizzentrum Muttenz

Liz Rytz vertritt die Auffassung, die im Amtsbericht aufgeführte Planung decke sich nicht mit dem Regierungsprogramm, in welchem festgehalten sei, dass die Raumbewirtschaftung neue Bedürfnisse möglichst innerhalb der vorhandenen Gebäudevolumina abdecken soll.

RR Elsbeth Schneider antwortet, die beiden Aussagen ständen keineswegs in Widerspruch zueinander. Könnte die Verwaltung auf verfügbare leere Räume zurückgreifen, würde sie sicherlich kein neues Justizzentrum planen.

4. 03. 02 Sanierung und Erweiterung Kantonsspital Bruderholz

Ursula Jäggi bittet um Konkretisierung des sehr sibyllischen Titels.

RR Elsbeth Schneider klärt, tatsächlich müsse der Entscheid über den Standort des Kinderspitals abgewartet werden, ehe Aussagen über die Stossrichtung der strukturellen Änderungen im Kantonsspital Bruderholz gemacht werden können. Zur Zeit habe sie die Planung sistiert.

5 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

Keine Wortmeldungen

6 Erziehungs- und Kulturdirektion

6. 01. 26 BIZ Berufsinformationszentrum

6. 01. 23 Berufsmaturität

Beatrice Geier ruft zu einer Kampagnenverschärfung für das BIZ (Berufsinformationszentrum) auf, damit ganze Klassen vermehrt von diesem sehr wertvollen Angebot Gebrauch machen.

Auch auf die Möglichkeiten der Berufsmaturität sollte mit entsprechender Propaganda gezielter hingewiesen werden.

RR Peter Schmid unterstützt den Aufruf Beatrice Geiers und bestätigt, dass die Besucherkapazitäten der beiden Informationszentren in Liestal und Binningen bis anhin nicht ausgeschöpft wurden. Nicht übersehen werden dürfe,

dass der Gang der Unterbaselbieter Schülerinnen zum BIZ am Claraplatz deutlich höher sei als jener nach Binningen. Zur Berufsmaturität berichtet der Erziehungsdirektor vom gesamtschweizerischen Phänomen, dass die Schülerinnen und Schüler für diesen Lehrgang gewissermassen mit dem Lasso eingefangen werden müssen, dies obwohl das Angebot bestehe, die Berufsmaturität während der Lehre oder in einem Teilzeitangebot während zwei Jahren beziehungsweise in der Vollzeitschule nach einem Jahr zu erlangen.

4 Anträge

Die GPK beantragt dem Landrat:

4. 1 Den Amtsbericht 2000 des Regierungsrates zu genehmigen;
4. 2 Vom Amtsbericht 2000 der Landeskantlei Kenntnis zu nehmen;
4. 3 Kenntnis zu nehmen, dass sich die GPK auftragsgemäss über die Handhabung der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs in unserem Kanton informiert;
4. 4 Kenntnis zu nehmen, dass sich die GPK über die Tätigkeit der für den Staatsschutz zuständigen Beamten informiert.

://: Der Landrat genehmigt die Anträge der GPK einstimmig.

Würdigung des scheidenden GPK-Präsidenten Hans Ulrich Jourdan durch Heinz Aebi

Hans Ulrich Jourdan, Du hast heute zum letzten Mal den Jahresbericht der Geschäftsprüfungskommission präsentiert. Als Vizepräsident der GPK danke ich Dir, lieber Hans Ueli, im Namen aller Kommissionsmitglieder für deine umsichtige und effiziente Arbeit als Kommissionspräsident. Deine blumige Sprache, dein Witz ergaben eine schöne Ergänzung zu den vielfältigen und manchmal auch schwierigen Fragen der Geschäftsprüfungskommission. Du hast allen Kommissionsmitgliedern und allen, die in der GPK nach Rat und Hilfe suchten, stets den nötigen Respekt entgegen gebracht und zwar auch dann, wenn Fragen gestellt wurden, die im ersten Moment unbedeutend erschienen.

Lieber Hans Ueli, die Leitung der GPK und der Kommissionsgeschäfte sind dir ausgezeichnet gelungen, ich danke Dir dafür!

Für das Protokoll:

Urs Troxler, Landeskantlei

*

Nr. 1044

2 2001/086

Berichte des Regierungsrates vom 27. März 2001 und der Finanzkommission vom 3. Mai 2001: Jahresbericht für das Jahr 2000 der Basellandschaftlichen Kantonalbank

Roland Plattner bemerkt einleitend, dass der Kanton Basel-Landschaft seit vergangenem Jahr einen neuen Konzern in seinem Portefeuille führt, bestehend aus dem BLKB Stammhaus und der AAM ATAG Asset Management als Subkonzern.

Damit hat sich der Landrat heute sowohl mit einer Stammhaus- als auch einer Konzernrechnung und Konzernberichterstattung zu befassen.

Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, dass der Kommissionsbericht zum Jahresbericht und der Rechnung 2000 der BLKB etwas umfangreicher als üblich ausfiel.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig, den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2000 der Basellandschaftlichen Kantonalbank zu genehmigen, verbunden mit dem ausdrücklichen Dank an das Personal, die Geschäftsleitung und den Bankrat für ihren geleisteten Einsatz.

Gestützt auf das Ergebnis der vertieften Prüfung der Finanzkommission kann zusammenfassend gesagt werden, "Business as usual".

Fünf Gründe, welche aus der Optik des Kantons primär von Interesse sind, sollen hier kurz angetippt werden:

1. "Erfolg: wie gewohnt".
Auch in diesem Jahr ist die Ablieferung an den Kanton, welche bekanntlich aufgrund des Kantonalbankengesetzes der Zuweisung der gesetzlich vorgeschriebenen Reserve gleichkommt, beachtlich. Sie übertrifft mit 25 Mio. Franken den Vorjahresbetrag um 3 Mio. Fr..
2. "Strategie: alles beim alten".
Der Erwerb der AAM stellt einen überaus wichtigen Meilenstein dar und wird als Bestätigung der Richtigkeit der Strategie der BLKB gewertet.
3. "Reserven: intakt".
Trotz des Erwerbs der AAM und der Reserveentnahme von 300 Mio. Fr. zur sofortigen vollständigen Abschreibung des Goodwills sind die eigenen Mittel noch hoch genug um eine deutliche Ueberdeckung der gesetzlich vorgeschriebenen Eigenmittel zu bewirken. Auf Stufe Konzern beträgt diese über 50%, im Stammhaus nahezu 50%.
Der Erwerb der AAM birgt demnach keinerlei Risiken welche zu Bedenken Anlass geben müssten.
4. "Geschäftstüchtigkeit: wie gehabt".
Die BLKB präsentiert sich als regionaler Marktleader, der auch im starken Wettbewerbsumfeld mit grosser Professionalität, hoher Umsicht, Fantasie und Erfolg seinen Weg geht.
5. "Volkswirtschaftliche Bedeutung: unverändert gross".
Die Finanzkommission hat sich aufgrund einer eindringlichen Darstellung des Beitrags der BLKB an die

kantonale Volkswirtschaft überzeugen lassen von der Bedeutung die der Bank zukommt.

Neben diesen fünf Punkten weist Roland Plattner darauf hin, dass die BLKB mit ihrem neuen Leitbild und mit ihren Bemühungen um eine Verbindung von wirtschaftlichem Handeln mit Ethik, Ökologie und Nachhaltigkeit die Zeichen der Zeit erkannt hat.

Seitens der externen bankengesetzlichen Revisionsstelle wird, gestützt auf die umfassende und mit dem internen Inspektorat der Bank koordinierte Prüfung, die vorbehaltlose Genehmigung der Jahresrechnung 2000 von Stammhaus und Konzern empfohlen.

Die Finanzkommission schliesst sich dieser Empfehlung einstimmig an.

Roland Laube kann namens der SP Fraktion die Ausführungen des Präsidenten der Finanzkommission grundsätzlich unterschreiben.

Wie immer dominieren das Geschäft der Kantonalbank beinahe ausschliesslich positive Aspekte.

Allerdings darf ein negativer Punkt nicht unerwähnt bleiben. Vor einigen Jahren hat die Bank ein Ökokozept verabschiedet, dessen Anfangseuphorie bei der Umsetzung jedoch bald versandete.

Heute macht auch die Lektüre des Geschäftsberichts klar, dass Ökologie, Ethik und Nachhaltigkeit jährlich eine geringere Rolle bei der Tätigkeit der Kantonalbank spielen. Die SP fordert deshalb die Bankverantwortlichen auf, ihr wirtschaftliches Handeln mit Ethik, Ökologie und Nachhaltigkeit zu verbinden.

Die SP stimmt den Anträgen der Kommission zu.

Anton Fritschi verweist auf das Glanzresultat der BLKB für das Jahr 2000. Die Uebernahme der AAM trug bereits im ersten Jahr Früchte.

Dank dieser Akquisition kletterte der Bruttogewinn von 150 auf 190 Mio. Fr. und auch der Jahresgewinn erfuhr eine markante Steigerung. Bei der Bilanzsumme andererseits ist lediglich ein Wachstum von 3% zu verzeichnen.

Das Stammhaus konnte in sämtlichen Sparten Spitzenresultate erzielen. Dies erlaubt auch in diesem Jahr eine Ausschüttung an den Kanton in Höhe von total 36 Mio. Fr.. Alleine auf den Goodwill entfallen 300 Mio. Fr.. Dieser wurde zu Lasten der Reserven vollumfänglich abgeschrieben, was den Vorteil mit sich bringt, dass das Geschäft bereits im Jahre der Akquisition transparent gestaltet und dargestellt werden kann.

Die Reserven sollten nun allerdings in den nächsten 10 Jahren zu Lasten des ausserordentlichen Aufwandes wieder aufgestockt werden.

Die Eigenmittel der BLKB reduzierten sich durch den Kauf um 160 Mio. Fr. auf 880 Mio. Fr.. Damit wird das gesetzliche Minimum noch bei weitem überschritten.

Dank der AAM konnte die BLKB das indifferente Geschäft massiv ausbauen und hat damit ihr strategisches Ziel erreicht.

Die FDP beantragt, den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2000 der Basellandschaftlichen Kantonalbank zu genehmigen.

Walter Jermann gratuliert den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Basellandschaftlichen Kantonalbank zum glanzvollen Resultat dass sich auch in diesem Jahr wieder sehen lassen darf.

Im Hypothekengeschäft ist mit der Starthypothek ein wirkungsvolles Instrument geschaffen worden.

Auch im Jahr 2000 bildeten die KMUS's Teil des Kerngeschäftes. Das neu geschaffene Modell der Risikofinanzierung hatte dabei einen guten Start zu verzeichnen.

Mit den drei Aspekten, der ökologischen, wirtschaftlichen und sozial ethischen Dimension, sollte der Nachhaltigkeit große Bedeutung beigemessen werden, was jedoch, wie von Roland Laube bereits erwähnt, noch einer vermehrten Umsetzung in die Praxis bedarf.

Erfreut vermerkt Walter Jermann, dass die BLKB im Jahre 2000 dreissig neue Stellen schuf, wobei die Weiterbildung und Mitarbeiterförderung weiterhin einen hohen Stellenwert einnimmt.

Insgesamt ein erfreuliches Ergebnis.

Die CVP/EVP Fraktion stimmt für Eintreten und erteilt ihre Zustimmung zu Bericht und Rechnung.

Hildy Haas spricht sich namens der SVP Fraktion für Eintreten und die Genehmigung der Rechnung der Kantonalbank aus.

Nur dank der Abstützung auf die Revisionsberichte sowohl der externen als auch der internen Revisionsstelle, ist es möglich, eine derart komplexe Rechnung à fond zu prüfen. Mit Genugtuung konnte die SVP den ausgezeichneten Abschluss der BLKB zur Kenntnis nehmen.

Durch die Uebernahme der AAM, deren Spezialgebiet die Vermögensverwaltung ist, tritt die BLKB erstmals als Konzern auf. Die BLKB hat durch den Kauf der AAM eine nachhaltige Stärkung des zinsunabhängigen Geschäfts erfahren.

Der Konzerngewinn verglichen mit dem Vorjahr betrug + 37%, der Betriebsertrag belief sich auf + 29,7% und sogar die Eigenmittel, welche grossmehrheitlich zur Uebernahme der AAM herangezogen werden mussten, liegen immer noch 45,5 % über den gesetzlichen Reserven.

Als gute Lösung bezeichnet die Votantin den Entscheid, dass die Bank dieselbe Summe wie sie dem Kanton zur Verfügung stellt, für das Jahr 2000 sind dies 25 Mio. Franken, als Eigenmittel zurücklegen muss.

Die SVP-Fraktion genehmigt die vorliegende Rechnung unter Verdankung der geleisteten Arbeit.

Heinz Mattmüller bringt zum Ausdruck, dass die Schweizer Demokraten aufgrund der bereits mehrfach genannten Fakten daran glaubt, dass die erfolgreiche Bank auch weiterhin das Vertrauen der Baselbieter Bevölkerung geniessen wird.

Die Schweizer Demokraten zeigen sich hocheifrig, über den blendenden Abschluss der Basellandschaftlichen Kantonalbank und stimmen für Eintreten unter gleichzeitiger Genehmigung des Jahresberichts.

Alfred Zimmermann bezeichnet die Kantonalbank als gut geführtes Unternehmen, wobei von der Fraktion der Grünen nicht noch zusätzliches Lob erwartet werden dürfe. Im Gegenteil möchte er namens der Fraktion einige kritische Bemerkungen anbringen.

Wenn man die Philosophie der Bank unter die Lupe nehme, stelle man fest, dass die Kantonalbank über ein ausgezeichnetes Leitbild verfüge. Werde dies auch tatsächlich umgesetzt, werten dies die Grünen höher als den finanziellen Erfolg.

Augenfällig ist, dass die Führungsmannschaft seit vielen Jahren dieselbe ist, aber eben, es handelt sich um eine Mannschaft, Frauen sind praktisch keine vertreten. Unter den 32 Direktionsmitgliedern befindet sich lediglich eine Frau.

Zum bereits erwähnten Thema Oekokredit meint Alfred Zimmermann, dass die Basellandschaftliche Kantonalbank auf den "Oekokreditzug" aufgesprungen sei, viel Publicity gemacht habe, jedoch wenig erfolgreich war.

Sogar der Bankdirektor habe bereits vor einigen Jahren zugestanden, dass die Bank aktiver werden müsse. Nun halte der Jahresbericht fest, dass erneut Anstrengungen unternommen werden sollen, was die Fraktion der Grünen genaustens kontrollieren werde.

Innerhalb der Fraktion wurde zudem die restriktive Kreditvergabe an KMUS's kritisiert, obwohl die Bank beteuert sich speziell in diesem Kundensegment zu engagieren.

Abschliessend bemerkt Alfred Zimmermann, dass sich die Fraktion der Grünen auf den Standpunkt stellt, dass die Bankräte zu hohe Honorare einstreichen. Auch hier wäre eine Korrektur vonnöten.

Als letztes erkundigt er sich, auf welcher Basis die Höhe der jährlichen Abgaben an den Kanton zustande kommt.

Die Fraktion der Grünen stimmt sämtlichen Anträgen der Finanzkommission zu.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** bedankt sich beim Rat für die ausgezeichnete Aufnahme der Rechnung 2000 der BLKB.

Er freut sich eingangs über ein weiteres erfolgreiches Geschäftsjahr der Basellandschaftlichen Kantonalbank, welches u.a. illustriert wird durch den Gewinnanteil des Kantons von insgesamt 36 Mio. Franken.

Die Festsetzung der Gewinnablieferung erfolgt aufgrund des Geschäftsverlaufs. In einer Diskussion zwischen Finanzdirektor, Bankrat und Bankratsausschuss wird die Höhe der Rückstellungen und Reserven definiert, der verbleibende Teil fliesst dem Kanton zu.

Auch bezüglich der strategischen Ausrichtung im Markt erfülle die Bank ihre Hausaufgaben. Mit dem Erwerb der AAM gelang der Kantonalbank im Jahre 1999 ein strategischer Coup, auf welchen sie stolz sein darf. Sie befindet sich nun auf gutem Wege, das Investment,

unter Wahrung der Identität der AAM zu verdauen und in den Konzern zu integrieren.

Für Regierungsrat Adrian Ballmer stellt die Kantonalbank ein Musterbeispiel einer gut geführten öffentlichen Unternehmung dar.

Zum von Alfred Zimmermann als wesentlich zu gering bezeichneten Frauenanteil im oberen Kader, verweist Adrian Ballmer darauf, dass sich sowohl auf die aktuelle Vakanz des Steuerverwalters als auch auf diejenige des Finanzverwalters keine einzige Frau gemeldet habe. So sehe die Realität aus.

Er sei überzeugt, dass auch die Kantonalbank bereit wäre mehr Frauen ins Kader aufzunehmen.

Regierungsrat Adrian Ballmer bezeichnet es als Stärke der Kantonalbank, sich der KMU's im Kanton anzunehmen. Es möge Einzelfälle geben, in welchen kein Kredit erteilt wurde, diese müssten jedoch im Detail analysiert werden.

Abschliessend bedankt er sich namens der Regierung bei den Organen wie auch der Geschäftsleitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank für die hervorragenden Leistungen des vergangenen Geschäftsjahres.

://: Der Rat stimmt dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung 2000 der Kantonalbank einstimmig zu und verbindet dies mit dem Dank an Personal, Geschäftsleitung und dem Bankrat für den im vergangenen Jahr geleisteten Einsatz.

Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1045

3 2001/024

Motion der FDP-Fraktion vom 25. Januar 2001: Nur noch eine Gesetzesberatung bei Anpassungen ans Bundesrecht

Peter Brunner teilt mit, dass die Motion von der Regierung abgelehnt wird und bittet RR Andreas Koellreuter um Begründung.

RR **Andreas Koellreuter** führt aus, dass die zweimalige Gesetzesberatung durch das Parlament eine überlegte Gesetzgebung sicherstellen und rein emotional bedingte Spontanentscheidungen und gesetzgebungstechnische Fehlleistungen vermeiden helfen soll.

Ausserdem soll sie in der letzten Phase des gesetzgeberischen Gestaltungsprozesses den Einbezug der öffentlichen Meinung ermöglichen.

Bei der Umsetzung zwingenden Bundesrechts in kantonales Gesetzesrecht lässt sich der Verzicht auf eine zweite Lesung deshalb nur in denjenigen Fällen rechtfertigen, in denen es sich um eine rein mechanische

Uebernahme des Bundesrechts ins kantonale Recht handelt.

Dies trifft allerdings für die in der Motion genannten Beispiele nicht zu.

Entgegen der Auffassung der Motionäre hat das Parlament auch bei den genannten Vorlagen einen zum Teil erheblicher politischen Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum.

Allgemein kann festgehalten werden, dass der Bundesgesetzgeber den Kantonen auch bei der reinen Umsetzung zwingenden Bundesrechts in der Regel einen mehr oder minder grossen Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum zugesteht.

Deshalb erweist sich die Formulierung der Anpassung des kantonalen Gesetzes an das zwingende Bundesrecht auch in Verbindung mit dem Wort "ausschliesslich" als ungeeignet.

Diejenigen Fälle mit hinreichender Bestimmtheit zu bezeichnen, bei denen dem kantonalen Gesetzgeber keinerlei Gestaltungsfreiheit verbleiben, kann als wenig sinnvoll bezeichnet werden.

Da der Zeitaufwand für eine 2. Lesung bei unbestrittenen Geschäften ohnehin geringfügig ist, beantragt der Regierungsrat dem Rat die Motion nicht zu überweisen.

Peter Tobler vertritt den Motionär Max Ribi und bittet den Rat zu berücksichtigen, dass sich hinter diesem Vorstoss eine emotionale Frustration eines Landrates verbirgt, der mit Leib und Seele Parlamentarier ist.

Aber auch auf Peter Tobler wirkt es störend, wenn Bundesrecht in die basellandschaftlichen Gesetze übertragen wird, ohne dem Landrat einen Ermessensspielraum zuzugestehen.

Damit werde mit Kanonen auf Spatzen geschossen.

Wenn wirklich keine Änderungen angezeigt sind, sollte das Verfahren soweit möglich vereinfacht werden.

Die FDP Fraktion begrüsst die Vereinfachung des Verfahrens und den Ausdruck des Selbstverständnisses. Für die reine Umsetzung des Bundesrechts wird eine Lesung als ausreichend angesehen.

Die FDP plädiert daher für Ueberweisung der Motion.

Matthias Zoller bittet den Rat namens der CVP/EVP Fraktion den Vorstoss nicht zu überweisen.

Sicherlich seien Verfahrensbeschleunigungen eine gute Sache. Er habe allerdings selten erlebt, dass ein Gesetz nicht in Kraft gesetzt werden konnte, weil die 2. Lesung nicht abgeschlossen war, hingegen schon mehrmals feststellen können, dass sich eine 2. Lesung als sehr nützlich erwiesen hat.

Christoph Rudin unterstützt grundsätzlich die Bemühungen Max Ribis zur Verfahrensstraffung.

Mit dem Verzicht auf eine 2. Lesung verkennt der Motionär allerdings, dass die Kantone nicht nur Vollzugsbehörde sind, sondern ihnen auch die Umsetzung des Bundesrechts zufällt.

Zudem sei er nach wie vor überzeugt von der Selbstregulierung des Landrates, denn bei Geschäften ohne viel

"Fleisch am Knochen" gehen 2. Lesungen in der Regel verzugslos über die Bühne.

Deshalb unterstützt die SP Fraktion die Haltung der Regierung und plädiert ebenfalls für Ablehnung.

Dieter Völlmin schliesst sich grundsätzlich den Ausführungen seiner Vorredner an, stellt jedoch klar, dass auch die SVP Fraktion die Ueberweisung der Motion ablehne, denn nüchtern betrachtet müsse man zum Schluss kommen, dass damit keine Probleme gelöst sondern möglicherweise neue geschaffen würden.

Er warnt davor zu glauben, dass wenn mit dem Bundesrecht eine materielle Regelung vorgenommen werde, dies für die Kantone nur noch den Vollzug bedeute. Gerade in solchen Fällen spiele die Organisationsautonomie der Kantone eine wesentliche Rolle.

Die SVP fände es verfehlt, eine grundsätzlich sinnvolle Regelung über Bord zu werfen.

Für **Bruno Steiger** tönen die Argumente RR Andreas Koellreuters einleuchtend, weshalb auch die Schweizer Demokraten die Ueberweisung der Motion ablehnen.

Maya Graf teilt mit, dass auch die Fraktion der Grünen den Regierungsantrag unterstützt. Als gesetzgebende Behörde des Kantons sei es die Aufgabe des Landrates das Bundesrecht umzusetzen.

Zudem bestehe in der Regel ein gewisser Gestaltungsspielraum, welcher wahrgenommen werden müsse.

://: Der Landrat lehnt die Ueberweisung der Motion grossmehrheitlich ab.

Für das Protokoll:

Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1046

4 2001/038

Interpellation von Bruno Krähenbühl vom 8. Februar 2001: Bewilligung / Nichtbewilligung von öffentlichen Kundgebungen / Demonstrationen. Schriftliche Antwort vom 10. April 2001

Bruno Krähenbühl zeigt sich von der regierungsrätlichen Antwort nicht voll befriedigt, will sich jedoch mit einer kurzen Stellungnahme begnügen.

Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, dass für die Bewilligung resp. das Verbot von Demonstrationen das Strassengesetz aus dem Jahre 1986 genüge.

Das Bewilligungswesen ist im Gesetz am Begriff des gesteigerten Gemeingebrauches aufgehängt. Dies deckt die künftigen Bedürfnisse jedoch nicht mehr ab.

In der Antwort zur Frage 2. behauptet die Regierung, der heutige Art. 26 der Bundesverfassung normiere lediglich zuvor ungeschriebenes Verfassungsrecht. Das stimmt so aber nicht.

Mehrere Autoren halten übereinstimmend fest, dass Art. 36 der neuen Bundesverfassung eine materielle Neuerung und keine Nachschreibung beinhaltet. Dies müsste eigentlich dazu führen, dass schwerwiegende Einschränkungen, dazu gehört ein Demonstrationsverbot, eine gesetzliche Grundlage erfordern.

Die Wahrung der verfassungsmässigen Grundrechte gehört zu den nobelsten Aufgaben eines Parlaments. Eine schleichende Einschränkung der Grundrechte stellt deshalb eine permanente Gefahr dar.

Uebereilte Verbote von Demonstrationen können die liberale Grundhaltung unseres Staatswesens brüchig werden lassen.

Abschliessend windet Bruno Krähenbühl dem Justiz- und Polizeidirektor RR Andreas Koellreuter, welcher immer für die liberalen Grundsätze des Staates einstand, ein Kränzchen.

Er erinnert daran, dass mit dem Verbot von Demonstrationen keinerlei gesellschaftliche Probleme zu lösen sind, hier seien andere Mittel gefragt.

://: Die Interpellation ist damit beantwortet..

*Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei*

Nr. 1047

5 2001/052
Interpellation von Thomas Haegler vom 22. Februar 2001: "Umstrittene" Kaderplanung bei der Kantonspolizei. Schriftliche Antwort vom 10. April 2001

Thomas Haegler erklärt sich von der Antwort befriedigt, möchte jedoch eine kurze Erklärung abgeben.

Er frage sich, ob der Buchhalter, der die Nachfolge eines pensionierten Polizeioffiziers antritt, für diese Aufgabe genügend qualifiziert sei.

Er hoffe, dass künftig bei der Besetzung von Vakanzen das interne Personal Vorrang genieesse.

RR **Andreas Koellreuter** bezeichnet die Unterstellung des Interpellanten, dass ein diplomierter Buchhalter nicht in der Lage sei die Anforderungen der Vakanz zu erfüllen, als Mobbing gegen die gewählte Person. Dagegen verwehre er sich in aller Form.

://: Die Interpellation ist damit beantwortet.

*Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei*

*

Nr. 1048

6 2001/072
Postulat von Daniel Wyss vom 22. März 2001: Für eine ethisch - ökologische Pensionskasse BL. Ein Beitrag zur Nachhaltigkeit

Peter Brunner erklärt, dass sich die Regierung bereit erklärt das Postulat entgegenzunehmen und dieses gleichzeitig abzuschreiben.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** bemerkt einleitend, dass es sich bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse um eine paritätische Vorsorgeeinrichtung gemäss dem Bundesgesetz für die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge BVG handelt. Für die Anlagepolitik ist gemäss BVG der paritätisch zusammengesetzte Verwaltungsrat zuständig.

Für eine Pensionskasse gilt langfristig die Gleichung, dass die Leistungen der Kasse an die Versicherten plus die Kosten der Kasse gleich hoch sein müssen wie die Beiträge von Arbeitgeber und Versichertem plus dem Vermögensertrag der Kasse.

Wenn gute bis sehr gute Leistungen zu vernünftigen Beiträgen erwartet werden muss auch der Vermögensertrag optimal ausfallen.

Der Regierungsrat ist auch der Auffassung, dass für Vermögensanlagen von Pensionskassen nebst den klassischen Kriterien wie Renditeerwartung, Risikofähigkeit und Liquiditätsbedarf auch ethische, soziale und ökologische Aspekte zu berücksichtigen sind.

Zu Pkt. 1.

Die Basellandschaftliche Pensionskasse hält ihre Anlagepolitik nicht in den Statuten sondern in ihrem Reglement fest. Dieses verpflichtet die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrates, ihre Handlungen und Entscheidungen nicht nur auf die wirtschaftlichen sondern auch auf die ethischen Bedürfnisse abzustellen.

Die heutige Anlagestrategie hat zum Ziel, die Kriterien Renditeerwartung, Risikofähigkeit, Liquiditätsbedarf und soziale und ökologische Nachhaltigkeit in einem ausgewogenen Verhältnis zum Tragen zu bringen.

Die Pensionskasse hat in ihrem Portefeuille derzeit keine unsozialen resp. unökologischen Anlagen.

Der Vorschlag des Postulanten, einen bestimmten Mindestprozentsatz von ethisch und ökologischen Anlagen vorzuschreiben, erachtet die Geschäftsleitung der Pensionskasse nicht als zweckmässig, da möglichst das gesamten Anlagenpaket diesen Kriterien standhalten soll.

Es ist vorgesehen, die Dienste eines Beratungsunternehmens in Anspruch zu nehmen, welches mit einem sogenannten Screening die Nachhaltigkeit sämtlicher Anlage prüfen kann.

Wenn aufgrund einer derartigen Ueberprüfung problematische Positionen erkannt werden, werden diese aktiv oder passiv bearbeitet.

Zu Pkt. 2

Die Pensionskassen sind gesetzlich zur Rechenschafts-

ablage gegenüber dem Publikum und zur Offenlegung ihrer Geschäftstätigkeit verpflichtet. Dieser Pflicht kommt die BLPK mit dem Publikationsorgan "Aktuell", ihrer Homepage und dem Geschäftsbericht nach.

Die BLPK handelt nach folgendem Grundsatz:

"Eine Investition, deren Gewinn gezielt auf Kosten anderer erwirtschaftet wird oder deren Gewinn letztlich nur einzelnen profitorientierten Menschen, in keiner Weise aber dem Gemeinwohl zugute kommt, darf nicht als gerecht bezeichnet werden."

Zu Pkt. 3

Die BLPK nimmt ihre Aktionärsrechte unmittelbar wahr wo sie Handlungsbedarf ausmacht und mittelbar über Aktienvertreter, wenn kein Handlungsbedarf ersichtlich ist.

Der Begriff "shareholder value" ist keineswegs mit kurzfristigen Börsengewinnen gleichzusetzen, sondern bedeutet Anlageperformance und gehört zur eigentlichen Kernaufgabe der BLPK. Dabei steht allerdings nicht das schnelle Geld, sondern eine nachhaltige Wertsteigerung im Vordergrund.

Daniel Wyss bedankt sich für die detaillierten Ausführungen.

Pensionskassengelder stellen seines Erachtens eine Börsenmacht dar. Die BLPK beispielsweise betreut 4 Mia. Franken.

Daniel Wyss zeigt sich positiv überrascht über die Aktivitäten der BLPK. Damit wird bereits heute ein Grossteil seiner Forderungen erfüllt.

Offen sei jedoch noch das Festschreiben seiner Forderungen im Anlagereglement.

Deshalb beantrage er vor einer Abschreibung des Postulats, das revidierte Anlagereglement abzuwarten um zu prüfen, ob seinen Forderungen Nachachtung verschafft wurde.

Dölf Brodbeck bittet namens der FDP Fraktion den Vorstoss zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben. Der Stossrichtung des Postulats erteile er seine Zustimmung, ausserdem bestehen gute Voraussetzungen punkto Berücksichtigung der ethischen Gesichtspunkte. Andererseits vertrete die FDP die Meinung, dass im hartumkämpften Markt des Fondgeschäftes den Organen einer Unternehmung ein gewisser Handlungsspielraum eingeräumt werden muss .

Die FDP stellt fest, dass es sich hier um ein Postulat handelt, welches mit der Forderung des Festschreibens motionäre Elemente enthält.

Roland Laube hält fest, dass die SP Fraktion die Anliegen des Postulates unterstützt und diesem darum auch zustimmt.

Wie der Postulant selber, so habe auch die SP den Eindruck, dass eine Abschreibung zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht wäre.

Gemäss den Ausführungen RR Adrian Ballmers wird den Intensionen des Vorstosses bereits heute weitgehend

nachgelebt, weshalb ein verbindliches Festhalten lediglich noch einer Formsache gleichkäme.

Der Vorstoss kann als sehr grosszügig formuliert bezeichnet werden, daher sollten wenigstens die Minimalanforderungen im Anlagereglement verbindlich festgehalten werden.

Im übrigen stelle er in der Argumentation RR Adrian Ballmers einen gewissen Widerspruch fest, indem er einerseits darauf hinweise, dass die BLPK bereits heute keine unethischen und unökologischen Anlagen besitze, er andererseits jedoch betone, dass eine Pensionskasse nicht nur diesen Kriterien verpflichtet sein könne.

Deshalb erscheine ihm das verbindliche Festschreiben im Anlagereglement umso wichtiger.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** wirft ein, das sich die Pensionskasse ihrer Verantwortung sehr wohl bewusst sei. Da mit dem Prüfen und Berichten das Postulat als erfüllt gelten kann, besteht kein Grund dieses nicht abzuschreiben.

Die Kompetenz liegt nicht beim Regierungsrat, sondern beim paritätisch zusammengesetzten Verwaltungsrat der Pensionskasse.

Bereits heute hält das Anlagereglement fest, dass nebst der ökonomischen auch die ethische Dimension entsprechend zu berücksichtigen ist.

Viel wesentlicher als das Festschreiben im Reglement sei für ihn, das den Prinzipien in der Praxis nachgelebt werde.

Eugen Tanner glaubt, dass mit diesem Vorstoss in einen Bereich Einfluss genommen wird, in dem weder Regierung noch Landrat über Kompetenzen verfügt.

Er unterstützt deshalb namens der CVP den Regierungsantrag.

://: Das Postulat wird überwiesen und gleichzeitig als erfüllt abgeschrieben.

Für das Protokoll:

Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1049

7 2001/053

Interpellation von Madeleine Göschke vom 22. Februar 2001: Informationspolitik des Flughafens zu einer Notlandung am 22. Januar und zu einem Tiefflug am 8. Februar. Schriftliche Antwort vom 10. April 2001

Madeleine Göschke bedankt sich für die schriftliche Beantwortung durch die Regierung und beantragt die Diskussion.

://: Der Landrat bewilligt die von Madeleine Göschke beantragte Diskussion.

Madeleine Göschke zeigt sich aus folgenden Gründen mit der Antwort der Regierung nicht zufrieden:

- Sämtliche technischen Ausdrücke in der Antwort der Regierung sind dem Funkverkehr des Flughafens entnommen.
- Sollte es sich bei besagtem Flug tatsächlich um eine technisch bedingte Rückkehr gehandelt haben, sei ihr nicht klar, weshalb man die Feuerwehr auf das Rollfeld beordert hat.

Ein ehemaliges Kadermitglied des Flughafens habe sie darüber informiert, dass immer, wenn die Feuerwehr anwesend ist, dies auf eine ernste Lage hindeute.

- Ein Tiefflug beinhaltet immer ein Risiko. Die Mindestflughöhe werde offensichtlich nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung sondern dem Abflug und der Landung angepasst.

In der Antwort der Regierung werde mit einer Höhe von 540 m ü.M. operiert. Da das Westplateau bei Binningen jedoch bereits 300 m ü.M. liegt, flog das Flugzeug lediglich ca. 200 m über dem Gelände.

- Die Antwort des Regierungsrates ist beinahe identisch mit der Medienmitteilung des Flughafens.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** erwidert, dass sich die Regierung auf die Informationen abstützen müsse, welche sie seitens des Flughafens erhalte.

Was die Feuerwehr angehe, so sei ihm lieber, diese rücke im Zweifelsfall einmal zu viel als zu wenig aus.

Da die Regierung eine offene Informationspolitik bevorzuge, gehe sie nicht in jedem Fall einig mit derjenigen des Flughafens. Obwohl der Flughafen keine proaktive Kommunikation betreibe, gebe es keine Veranlassung ihm Falschinformationen zu unterstellen.

Alfred Zimmermann fragt sich, ob der Ausdruck "technische Rückkehr" nicht mit dem Wort "Notlandung" gleichgesetzt werden könnte. Der Flughafen tendiere schon lange dazu alles etwas zu schönen.

Das beschriebene Ereignis sei mit demjenigen des Flugzeugabsturzes in Hochwald vergleichbar. Die Ängste der Bevölkerung seien deshalb durchaus real.

Wenn die Regierung die Informationspolitik bereits selber bemängle, sei es an der Zeit diesen Mangel im Verwaltungsrat deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** bezeichnet die Behandlung des Themas an der Öffentlichkeit als etwas heikel. Dass nicht alle am Flughafen beteiligten punkto Öffentlichkeitsarbeit dieselbe Philosophie verfolgen sei unbestritten.

An einem derart komplexen Gerät wie einem Flugzeug ist immer mit Mängeln zu rechnen. Dass die Frage der Sicherheit für die Verantwortlichen an erster Stelle steht, belegen die strikten Vorschriften.

://: Damit ist die Interpellation beantwortet.

Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1050

8 2001/080

Interpellation von Max Ritter vom 22. März 2001: Flugemissionen im Oberbaselbiet. Schriftliche Antwort vom 26. April 2001

9 2001/083

Interpellation von Maya Graf vom 22. März 2001: Luftverkehr - Wachstum auf unser aller Kosten. Schriftliche Antwort vom 26. April 2001

Der Landratspräsident Peter Brunner orientiert, dass die beiden Traktanden 8 und 9 gemeinsam behandelt werden. Zu beiden Interpellationen liegen bereits schriftliche Antworten vor.

Max Ritter und **Maya Graf** verlangen eine kurze Diskussion.

://: Die Diskussion wird vom Rat bewilligt.

Max Ritter hat als praktizierender Bauer Bedenken, wenn er liest, dass die Flugbewegungen in den nächsten Jahren zwischen 31 - 84% zunehmen werden. Dies werde auch auf die Ozonwerte massive Auswirkungen haben.

Dass im Flugverkehr nicht, wie dies im Strassenverkehr üblich sei, eine Abgabe gefordert werde, könne er nicht verstehen.

Er bittet deshalb die Regierung, den Wünschen und Ängsten der Bevölkerung vermehrt Rechnung zu tragen.

Maya Graf zeigt sich überzeugt, dass es hilfreich ist, wenn zwei Interpellationen zum gleichen Thema aus zwei politisch unterschiedlichen Lagern kommen.

Damit wird demonstriert, dass das Anliegen eine breite Bevölkerungsschicht beschäftigt.

Der Regierung obliege die Aufgabe, die Anliegen und Fragen der Bevölkerung an die zuständigen Stellen weiterzuleiten.

Ihre schriftliche Antwort könne sie nicht befriedigen, da sie zwischen den Zeilen entnehme, dass die Regierung sich mit wichtigeren Themen als dem Fluglärm im Oberbaselbiet zu befassen habe.

Auch sie haben die Prognosen für die nächsten Jahre erschreckt.

Die Beeinträchtigung und die schleichende Eroberung des Luftraumes sei unbestritten und es bestehe Handlungsbedarf.

Sie fordere die Regierung daher auf, sich mit der Redukti-

on der Schadstoffimmissionen auseinanderzusetzen, indem sie die Mindestflughöhe auf 5000 m festlegt und Druck ausübt, damit das Nachfahrverbot zwischen 22.00 - 07.00 h eingehalten wird. Zusätzlich sollen die Zubringerflüge zwischen Basel, Genf und Zürich eingestellt werden. Das wichtigste jedoch sei, dass auch beim Flugverkehr der Markt endlich zum Tragen komme.

Die Fraktion der Grünen fordern einmal mehr die Einführung des Treibstoffzolls sowie die Abgabe von Mehrwertsteuer und Umweltabgaben.

An die Adresse Regierungsrat Adrian Ballmers meint Maja Graf, dass ihr aufgefallen sei, dass der private Flugverkehr auf dem Flugplatz in Schupfart stetig zunehme. Die Flugzeuge fliegen in einer geringen Flughöhe und verursachen dadurch erheblich Lärmimmissionen. Der Presse habe sie entnommen, dass eine Pistenverlängerung von 350 m vorgesehen sei.

Abschliessend macht Maja Graf die Regierung darauf aufmerksam, dass es ihre Aufgabe ist, dem Wunsch der Bevölkerung nach einer Reduktion im Flugverkehr Rechnung zu tragen.

Madeleine Göschke erklärt, dass die von der Regierung auf die Interpellation von Max Ritter gelieferten Zahlen weder aktuell noch relevant seien. Zum heutigen Zeitpunkt sei der Luftverkehr für 15% der CO2 Emmissionen verantwortlich, im Jahre 2020 wird die Zahl auf 33% angestiegen sein. Folge davon, der Flugverkehr wird in einigen Jahren, zusammen mit dem Strassenverkehr zum Umweltverschmutzer Nr. 1.

Abschliessend bemerkt Madeleine Göschke, dass die Fraktion der Grünen nicht grundsätzlich gegen den Flughafen sind, jedoch für einen Flughafen mit der Region und für die Region plädieren.

Beatrice Fuchs erklärt, dass sich Allschwil, Schönenbuch und die angrenzenden Gemeinden lange allein gelassen fühlten. Nun plötzlich wird auch im Oberbaselbiet wahrgenommen, was im Flugraum passiert.

Sie warte schon lange auf die Erklärung der Baselbieter Regierung, dass es nun reiche.

Roland Bächtold schliesst sich den Argumenten seiner Vorrednerinnen uneingeschränkt an. Er appelliere an alle Regierungen, dass der Flugverkehr nur noch für Langstreckenflüge aufrecht erhalten werde.

Heinz Mattmüller ist sich bewusst, dass nicht sämtliche Mitglieder einer Partei zum selben Thema gleicher Meinung sein können. Er stelle lediglich fest, dass die SVP noch nie dagegen war, als es um den Ausbau des Flughafens Basel ging. Immerhin wurde inzwischen bemerkt, dass man auch in einer komfortablen Wohnlage nicht mehr sicher ist bezüglich der Auswirkungen der immer grösser werdenden Betriebsamkeit des Flugverkehrs. Er hoffe, dass die Oberbaselbieter inzwischen etwas mehr

Verständnis für die lärmgeplagten Unterbaselbieter aufbringen.

Für Regierungsrat **Adrian Ballmer** besteht der Mensch aus Widersprüchen. Heute rede man über die Flugimmissionen und am 31. Mai stehe die Wirtschaftsförderung auf der Traktandenliste.

Die beiden Interpellationen drehen sich nicht um den EuroAirport sondern sie haben die Flugroutenführung zum Thema. Dies sind zwei unterschiedliche Problemkreise. Die Flugrouten werden international festgelegt. Die Regierung könne zwar mit markigen Worten aufwarten, bewegen hingegen könne sie überhaupt nichts. Man nehme die Ängste der Bevölkerung wahr und nehme diese auch ernst.

Hinter die von Madeleine Göschke genannten Zahlen setze er ein Fragezeichen, lasse sich aber gerne eines Besseren belehren.

Im Jahr 2000 waren die Passagierzahlen im EuroAirport rückläufig, womit er allerdings nicht sagen wolle, dass es sich dabei um einen anhaltenden Trend handle.

Man könne nicht einerseits vom Nutzen des Verkehrs profitieren und ihn andererseits verdammen.

Die Verhältnisse auf dem Flugplatz Schupfart kenne er zwar nicht, erkläre sich jedoch bereit, sich zu informieren.

Alfred Zimmermann ist der Ansicht, dass sich die Bau- und Umweltdirektion zum Thema Schupfart äussern sollte.

RR **Elsbeth Schneider** ist selbstverständlich bereit, was seitens der BUD getan werden kann zu tun. Das Fluggeschäft sei aber eindeutig bei der Finanzdirektion angesiedelt, die Abklärungen müssen demnach dort erfolgen.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** hält den Kopf gerne hin, jedoch nicht für den Flughafen Schupfart, der nicht zum EuroAirport gehört.

://: Die beiden Interpellationen sind damit beantwortet.

Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 1051

10 2001/068
Postulat von Franz Hilber vom 22. März 2001: Veröffentlichung der Achsenzählung auf den Eisenbahnliesen

Peter Brunner verweist auf die Zustimmung des Regierungsrates zum Postulat.

- ://: Der Landrat überweist das Postulat an die Regierung. Nr. 1060
- Für das Protokoll:*
Ursula Amsler, Landeskanzlei
- *
- Begründung der persönlichen Vorstösse**
- Nr. 1052
2001/129
Motion der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Einführung eines Öko-Effizienz-Profiles in der kantonalen Verwaltung
- Nr. 1053
2001/130
Motion von Esther Aeschlimann vom 10. Mai 2001: Aenderung des Gesundheitsgesetzes / Absatz E. Medizinische Hilfsberufe
- Nr. 1054
2001/131
Motion von Max Ribi vom 10. Mai 2001: Raschere Umsetzung überwiesener Motionen
- Nr. 1055
2001/132
Motion von Gerold Lusser vom 10. Mai 2001: Konzept über die Abwicklung und Entwicklung des Flugverkehrs in der Regio TriRhena
- Nr. 1056
2001/133
Motion der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Der "Chance" eine Chance geben
- Nr. 1057
2001/134
Postulat von Theo Weller vom 10. Mai 2001: Der Staat als Auftragnehmer in Konkurrenz zur Privatwirtschaft
- Nr. 1058
2001/135
Postulat von Roland Bächtold vom 10. Mai 2001: Plakate auch dem Baubewilligungsverfahren unterstellen
- Nr. 1059
2001/136
Postulat der Grünen-Fraktion vom 10. Mai 2001: Faire Zulassungsprüfung für Naturärzte und Naturärztinnen
- Nr. 1061
2001/137
Interpellation von Esther Aeschlimann vom 10. Mai 2001: Alters- und Pflegeheime / Wartefristen im Kanton Basel-Landschaft
- Nr. 1062
2001/138
Interpellation von Ursula Jäggi vom 10. Mai 2001: Spielt Entführung im Rotlichtmilieu?
- Nr. 1063
2001/139
Interpellation von Christoph Rudin vom 10. Mai 2001: Wessen Meinung vertritt die Regierung in ihren Vernehmlassungen?
- Nr. 1064
2001/140
Interpellation von Hans Schäublin vom 10. Mai 2001: Bewilligung eines Orientierungslaufes während der Setz- und Brutzeit
- Nr. 1065
2001/141
Parlamentarische Initiative der SP-Fraktion vom 10. Mai 2001: Gesetz über die familie- und schulergänzende Kinderbetreuung
- Zu allen Vorstössen kein Wortbegehren.**
- Für das Protokoll:*
Ursula Amsler, Landeskanzlei
- *
- Ende der Sitzung: 12'10 Uhr*

Die nächste Landratssitzung findet statt am

31. Mai 2001

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

der Präsident:

der Landschreiber: